



**SPD-Fraktion im Hessischen
Landtag**



**Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN im Hessischen
Landtag**

Wiesbaden, den 14. August 2013

An den
Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses 18 / 3
Herrn Peter Beuth, MdL
im Hause

Zeugenvernehmung von Herrn Staatsminister Rentsch

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die *Frankfurter Rundschau* berichtete in ihrer Ausgabe vom 10. August 2013, dass die ehemalige Anwaltskanzlei von Herrn Staatsminister Rentsch offenbar für die Vertragsgestaltung für den Zuschussvertrag zwischen der Stadt Wiesbaden und dem Land Hessen in Zusammenhang mit der Förderung der EBS mandatiert war. In diesem Zusammenhang haben sich in der anschließenden öffentlichen Diskussion einige Fragen ergeben, z. B. ob Herr Staatsminister Rentsch an der Vergabe des Mandates an seine damalige Rechtsanwaltskanzlei in irgendeiner Weise beteiligt war.

Herr Staatsminister Rentsch hat sich zu diesem Sachverhalt in der gestrigen HessenSchau im hr-Fernsehen geäußert und wurde mit den Worten zitiert, „er (Rentsch) sei bereit, dem Untersuchungsausschuss Rede und Antwort zu stehen“.

Die Fraktionen von SPD und Grünen sind der Meinung, dass der UNA 18/3 im Sinne einer schnellen Aufklärung der im Raum stehenden Vorwürfe der Bitte von Herrn Staatsminister Rentsch nachkommen und ihm zügig die Möglichkeit geben sollte, als Zeuge eine umfangreiche Stellungnahme abgeben zu können. Wir bitten Sie daher, für die von der Ausschussmehrheit terminierte nächste Sitzung des UNA 18/3 am Montag, den 26. August den Tagesordnungspunkt „Vernehmung von Zeugen“ aufzunehmen und dazu Herrn Staatsminister Rentsch zum Beweisthema „Beweisantrag Nr. 12 V“ zu laden.

Da Herr Staatsminister Rentsch bereits am 17. Mai 2013 mit dem Beweisantrag Nr. 12 als Zeuge benannt wurde, sollte eine Ladung und Vernehmung in der nächsten UNA-Sitzung kein Problem darstellen. Auch unser beim Staatsgerichtshof anhängiger Feststellungsantrag zum Beweisantrag Nr. 11 stellt aus unserer Sicht kein Ladungs- und Vernehmungshindernis dar, da Herr Rentsch im Beweisantrag Nr. 11 nicht als Zeuge zu einem Beweisthema benannt ist.

Sollten Sie der von Herrn Staatsminister Rentsch geäußerten und von uns hiermit weitergetragenen Bitte und dem unterbreiteten Vorschlag nicht nachkommen wollen, so bitten wir Sie höflich um eine Rückmeldung mit entsprechender Begründung. Rein hilfsweise beantragen wir für diesen Fall, dass der UNA Herrn Rentsch in der von der Ausschussmehrheit terminierten übernächsten Sitzung am 11. September 2013 als Zeugen lädt und vernimmt.

Für die Fraktion der SPD

Für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Marius Weiß

Daniel May